

Pressemitteilung

Ausländerbeiräte im Abseits

Im kürzlich getagten Innenausschuss hat die hessische Regierungskoalition CDU und Bündnis 90/Grüne deutlich gemacht, dass sie das umstrittene Optionsmodell die hessischen Ausländerbeiräte betreffend, ohne Änderungen nun endgültig beschließen will. Im Schatten der Corona Krise wird der Gesetzentwurf in der Hessische Gemeindeordnung (HGO) bald verabschiedet werden. Von Anfang an inhaltlich festgelegt verkauft sie das Optionsmodell als eine Verbesserung der politischen Beteiligung von Migrant*innen in Hessen, trotz massiver Kritik und Widerstand von Migrant*innen, sowie etlichen Verbänden. Selbst ein klares Votum aus der Grünen Basis und des Parteirats hat das Vorhaben der Regierungskoalition leider nicht ändern können. Fast alle betroffenen hessischen Ausländerbeiräte, ihr Dachverband AGAH (Landesausländerbeirat) und viele andere Akteure sprechen geschlossen von einem demokratischen Rückschritt. Im Gesetzestext heißt es nämlich „Die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirats entfällt, wenn eine Kommission zur Integration der ausländischen Einwohner (Integrations-Kommission) ... gebildet wird.“ Es wird eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei Alternativen suggeriert, die aber mitnichten gleichwertig sind. Die Aussage im Gesetz ebnet den Weg zur Abschaffung der demokratisch gewählten Ausländerbeiräte. D.h. die bisherige gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zur Ausländerbeiratswahl darf wegfallen. Während in den Ausländerbeiräten alle Mitglieder Migrationsgeschichte haben, sollen die Mitglieder in den „Integrations-Kommissionen“ nur noch zur Hälfte aus Migrant*innen bestehen, die auch noch von der Gemeindevertretung benannt werden. Zusätzlich muss hinterfragt werden, ob eine Kommission das geeignete Instrument für „Integration“ ist. Eine echte politische Beteiligung auf Augenhöhe ist damit nicht mehr gewährleistet. Demokratisch legitimierte Ausländerbeiräte Hessens sind die Verlierer. 1.530 Ehrenamtler*innen aus 85 Nationen mit einem beachtlichen ein Drittel Frauenanteil kann sich zeigen lassen. 25% der Vorsitzenden sind Frauen. Viele dieser Menschen haben über Jahrzehnte langes ehrenamtliches Engagement ihr Interesse auch an der Kommunal- oder Landespolitik gefunden. Diese Errungenschaften, so Isil Yönter, die Vorsitzende des Ausländerbeirats Bad Vilbel werden sich deutlich minimieren, ist ihre düstere Prognose. Die Ausländerbeiräte Karbens und Bad Vilbel sind sehr enttäuscht über diese Entwicklung. Diese Entmündigung und Bevormundung ist unerträglich, so Isil Yönter weiter. Zudem sieht sie die Autonomie einer parteiischen Interessensvertretung pro Migrant*innen auch in hessenweiten Arbeitskreisen gefährdet. Frau Ekaterini Giannakaki, die Vorsitzende vom Ausländerbeirat Karben fügt empört hinzu, dass die Gegner*innen der politischen Beteiligung von Migrant*innen sich gestärkt sehen können. Die Mitglieder des Ausländerbeirats Karben sind sehr verärgert über diese Entscheidung und finden sie falsch. Der Ausländerbeirat Karben besteht seit über 30 Jahren und hat bisher eine hervorragende Arbeit geleistet, indem er für ein friedliches Zusammenleben aller lebenden Bürger*innen in Karben beigetragen hat. Durch die Medien vermittelt, wird sichtbar wie sich der Rassismus gesellschaftlich immer rasanter verbreitet und in allen Bundesländern auch offen ausländerfeindliche Gruppierungen mitregieren. Die beiden Gremien vertreten die Meinung, dass es heutzutage sehr wichtig ist, dass die Ausländerbeiräte bestehen bleiben. Selbstverständlich sehen und schätzen die Ausländerbeiräte auch die tatsächlichen Verbesserungen in der Novellierung der

HGO und erhoffen sich eine deutlich höhere Akzeptanz. Zum einen die Ausländerbeiratswahl gemeinsam mit der Kommunalwahl zu terminieren. Zum anderen das Antrags- und Rederecht. Beides ist aber nur dann anwendbar, wenn es noch Ausländerbeiräte gibt.

Ekaterini Giannakaki
Vorsitzende
Ausländerbeirat Karben

Isil Yönter
Vorsitzende
Ausländerbeirat Bad Vilbel